



C. Katharina Spieß ist Leiterin der Abteilung Bildungspolitik am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Deutsche Betreuungspolitik: Zick-Zack-Kurs mit Schleudergefahr

Nun haben Eltern also die Wahl: Seit 1. August können sie entscheiden, ob sie ihre Kinder nach Vollendung des ersten Lebensjahres in eine Kindertagesstätte schicken – worauf sie fortan einen gesetzlichen Anspruch haben – oder ob sie Betreuungsgeld beziehen, sofern sie keine öffentlich finanzierte Kindertagesbetreuung nutzen. Oder sie entscheiden sich, keines von beidem zu tun.

Insbesondere über das Betreuungsgeld wurde im Vorfeld der Einführung heftig diskutiert, auch im Wahlkampf ist es wieder ein Thema. Die Politik will damit die Wahlfreiheit fördern – ein neues Ziel der deutschen Familienpolitik, das allerdings nicht wirklich klar zu fassen ist. Vielmehr ist völlig unklar, welche Linie die deutsche Betreuungspolitik nun eigentlich verfolgt. Einerseits will sie die Kindertagesbetreuung ausbauen, und zwar nicht nur quantitativ, sondern – so zumindest die geäußerte Absicht – auch die pädagogische Qualität. Dies ist sehr bedeutend für Kinder, deren Familien und auch die deutsche Gesellschaft. Denn nicht nur die Pädagogik und andere Sozialwissenschaften, sondern auch die Bildungsökonomie wissen um die potentiell hohe Rendite einer qualitativ guten frühen Förderung in einer Kindertagesbetreuung. Zudem ermöglicht sie es den Eltern, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren.

Andererseits setzt die Politik mit dem Betreuungsgeld nun aber Anreize, eine öffentlich finanzierte Kindertagesbetreuung *nicht* zu nutzen, sie implementiert also gleichzeitig eine „Nicht-Kita-Nutzungs-Subvention“. Welche Logik sollen die Familien dahinter erkennen? Diese bleibt erst recht völlig unklar, wenn man den langen Verhandlungs- und Veränderungsprozess um das Betreuungsgeld betrachtet. Zunächst ließ sich mit dem Betreuungsgeld eine umfassendere Erwerbstätigkeit beider Elternteile nicht verbinden,

später war diese Einschränkung vom Tisch – nun darf man nur noch keine öffentlich finanzierte Kita nutzen, um die Voraussetzungen für die Geldleistung zu erfüllen. Zusätzlich sollen Eltern ein höheres Betreuungsgeld bekommen, wenn sie in die Altersvorsorge oder das Bildungssparen investieren. Solche expliziten Anreize gibt es für Eltern, die eine öffentliche Kindertagesbetreuung nutzen, nicht. Eine konsistente Betreuungspolitik – wie sie andere Länder haben, die oft als familienpolitische Vorbilder gelten – ist dies nicht. Vielmehr ist es ein Zick-Zack-Kurs, der das Vertrauen in die deutsche Betreuungspolitik nicht erhöht, sondern Familien verunsichert. Und wer einen solchen Zick-Zack-Kurs fährt, kann leicht ins Schleudern geraten.

Die Politik verkennt außerdem, dass die öffentlich geförderte Kinder- und Jugendhilfe bisher gerade bei sehr jungen Kindern selektiv wirkt. Empirische Studien zeigen, dass in den ersten Jahren Kinder aus Haushalten, in denen kein Deutsch gesprochen wird, in der Tagesbetreuung unterrepräsentiert sind. In Ostdeutschland gilt dies für Kinder aus Haushalten mit niedrigem Einkommen. Kinder, deren Eltern ein niedriges Bildungsniveau haben, gehen ebenfalls mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit in Tageseinrichtungen. Nun könnte man hoffen, dass dem mittelfristig ein früherer Rechtsanspruch entgegen wirkt – wenn nicht das Betreuungsgeld andere Anreize setzen würde. Insbesondere für Haushalte mit niedrigem Einkommen setzt es Anreize, keine öffentlich finanzierte Kindertagesbetreuung zu nutzen. Diese sozio-ökonomischen Unterschiede bei der Nutzung von Kitas werden sich so nicht abbauen lassen, sondern im Zweifel sogar verstärken. Bildungs- und eigentlich auch familienpolitisch ist dies ein Ergebnis, das bedenklich ist. Gefragt sind vielmehr konsistente Investitionen in eine höhere Betreuungsqualität der Kindertagesbetreuung.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Dr. David Richter

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25, 20 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.